

Mit nachhaltiger Entwicklungsfinanzierung globale Herausforderungen gemeinsam lösen!

Multiple Krisen wie Konflikte, Klimawandel, Verschuldung und eine hohe Inflation stellt die Weltgemeinschaft vor große Herausforderungen. Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind von den Folgen dieser Krisen besonders hart betroffen. Obwohl die Anzahl der globalen Krisen zunimmt wurde der Rotstift erneut beim BMZ-Etat angesetzt. Seit 2021 sinkt der BMZ-Haushalt kontinuierlich ab. Im **Haushaltentwurf 2025 sind 10,28 Milliarden Euro** für das BMZ vorgesehen. Das sind rund 940 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2023 sind es sogar rund 1,9 Milliarden Euro weniger (BMZ-Etat 2023 12,16 Mrd. Euro).

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) stellt sich entschieden gegen diese Kürzungen. Auch die mittelfristige Finanzplanung sieht bis 2028 keine Erhöhungen des BMZ-Etat mehr vor. Dieser soll konstant bei 10,28 Milliarden Euro bleiben. Bei weltweit steigenden Bedarfen braucht es eine langfristige und eine vorausschauende Finanzierung, um aktuellen Krisen entgegenzuwirken und Neue vorzubeugen. Andernfalls drohen bereits erzielte Fortschritte wieder zunichtegemacht zu werden. **Die DSW fordert daher den BMZ-Etat auf 12,16 Milliarden Euro zu erhöhen.**

Vulnerable Gruppen wie Frauen, Jugendliche insbesondere Mädchen und Menschen in all ihrer Diversität werden in Krisenzeiten häufig zurückgelassen. Insofern dürfen derartige Kürzungen nicht auf die Kosten der bereits fragilen Gesundheitssysteme gehen. **Insbesondere die Stärkung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR), Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und der Familienplanung sind wichtige Eckpfeiler der feministischen Entwicklungspolitik. Hierfür müssen ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden.**

Deutschland erreichte in 2023 mit 0,79 Prozent (vorläufige Quote) erneut das Ziel, öffentliche Entwicklungsgelder (Official Development Assistance, ODA) in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bereitzustellen. Allerdings verblieb ein großer Teil der ODA-Mittel in Deutschland. Dazu zählen vor allem die Ausgaben für Geflüchtete im Inland. Die **DSW appelliert, die ODA-Quote auch in den kommenden Jahren zu verstetigen, ohne die Kosten für Geflüchtete im Inland anzurechnen. Die ODA-Mittel müssen dafür genutzt werden, um Partner*innen im Globalen Süden direkt zu unterstützen.**

Konkrete Forderungen

Für eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung fordert die DSW den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf:

- den BMZ-Etat mindestens auf 12,16 Milliarden Euro zu erhöhen,
- sicherzustellen, dass Deutschland langfristig das 0,7-Prozent-Ziel erreicht, ohne die Kosten für Geflüchtete im Inland anzurechnen. Hierfür muss der BMZ-Etat mit ausreichend Verpflichtungsermächtigungen (VEs) ausgestattet werden,
- 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung für die Zusammenarbeit mit den ärmsten Ländern bereitzustellen und multilaterale Institutionen besonders zu stärken,
- 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung in entwicklungsbezogene Gesundheit zu investieren (WHO Empfehlung), ohne diese Mittel aus anderen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit abzuziehen,
- den Haushalt 2025 erkennbar an den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) auszurichten.

Vier Forderungen in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit

Haushaltstitel 896 07-023

Sicherstellung von ausreichend Verpflichtungsermächtigungen für die 8. Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (Globaler Fonds) im Haushalt 2025.

Im kommenden Jahr findet die 8. Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds statt, bei der die Finanzierung für die nächsten drei Jahre gesichert werden soll. Bei der letzten Wiederauffüllung in 2022 sagte Deutschland 1,3 Milliarden Euro zu. Für die Jahre 2023 bis 2025 sind 1,2 Milliarden Euro im BMZ-Haushalt eingestellt. Die fehlenden 100 Millionen werden mit dem Schuldenumwandlungsprogramms Debt2Health akquiriert.

1 Seit seinem Bestehen hat der Globale Fonds gemeinsam mit seinen Partnern **65 Millionen Menschenleben gerettet**. In 2023 erhielten 25 Millionen Menschen eine antiretrovirale HIV-Therapie, 7,1 Millionen Menschen bekamen eine TB-Therapie und 227 Millionen Moskitonetze wurden verteilt, um Menschen vor Malaria zu schützen. Der Globale Fonds stellt 28 % für HIV-Programme 76 % für TB-Programme und 62 % für Malariaprogramme aller internationalen Finanzmittel bereit. Mit diesen Investitionen werden auch die Gesundheitssysteme vor Ort gestärkt. Doch das alleine reicht nicht: Um Aids, TB und Malaria bis 2030 ein Ende zu setzen, muss weiterhin in Innovationen investiert und ungerechte Strukturen, die die drei Krankheiten begünstigen, aufgebrochen werden.¹ **Damit der Globale Fonds seine wichtige Arbeit fortführen kann, muss dessen Finanzierung im Bundeshaushalt 2025 sichergestellt werden. Deshalb fordert die DSW bereits jetzt ausreichend Verpflichtungsermächtigungen für die nächste Förderperiode 2026 bis 2028 zu hinterlegen.** Ein konkretes Finanzierungsziel wird in 2025 bekanntgegeben. Sicher ist jedoch, dass mehr Mittel benötigt werden, weil die diversen Krisen, Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen ganz besonders vor große Herausforderungen stellt.

Haushaltstitel 687 01-023

Erhöhung der Beiträge für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) auf 50 Millionen Euro und für die International Planned Parenthood Federation (IPPF) auf 20 Millionen Euro.

2 Im Jahr 2024 waren 42,5 Millionen Euro für UNFPA und 15,5 Millionen für IPPF eingestellt. Dabei waren im ersten Haushaltsentwurf 2024 Erhöhungen für beide geplant: UNFPA 50 Millionen Euro und IPPF 20 Millionen Euro. Diese Aufwüchse wurden nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimatransformationsfonds zurückgenommen. Der aktuelle Haushaltsentwurf 2025 sieht nun Kürzungen für beide Organisationen vor. UNFPA sinkt auf 35 Millionen Euro (7,5 Millionen weniger) und IPPF auf 15 Millionen Euro (500.000 Euro weniger). **Die DSW kritisiert dies und fordert die Beiträge für UNFPA auf 50 Millionen und für IPPF auf 20 Millionen zu erhöhen.** Schließlich versuchen weltweit *Anti-Gender* und *Anti-Rights-Movements* die hart erkämpften sexuellen und reproduktiven Rechte und die Geschlechtergleichstellung zurückzudrängen. Hinzu kommt, dass immer weniger Länder SRGR politisch und finanziell priorisieren. UNFPA und IPPF sind beide wichtige Kooperationspartner der Bundesregierung. Sie fördern u.a. Sexualaufklärung, selbstbestimmte Familienplanung, Präventionsmaßnahmen gegen geschlechtsbasierte Gewalt und schädliche Praktiken (z.B. Früh- und Zwangsverheiratungen und weibliche Genitalverstümmelung) und wirken dem weltweiten Rückwärtstrend entgegen. Die feministische Entwicklungspolitik wird untergraben, wenn gerade den beiden Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen, die Mittel drastisch gekürzt werden.

¹ Globaler Fonds [Zusammenfassung Ergebnisbericht 2024 \(theglobalfund.org\)](https://theglobalfund.org/).

Erhöhung des Kernbeitrags für die internationale Impfallianz Gavi für die strategische Periode 2026-2030 auf 750 Millionen Euro.

3

Im ersten Quartal 2026 wird die Wiederauffüllungskonferenz der Impfallianz Gavi (Gavi) stattfinden. Bei der letzten Wiederauffüllung in 2020 sagte Deutschland 600 Millionen Euro für 2021-2025 zu. Für die strategische Periode 2026-2030 will Gavi 9 Milliarden US-Dollar mobilisieren.² Deutschland war stets ein zuverlässiger Partner für Gavi und muss dieses Engagement fortsetzen. Aufgrund des weltweit steigenden Bedarfs und der Notwendigkeit, die durch die Pandemie entstandenen Versäumnisse aufzuholen, sollte **die Bundesregierung Gavi bei der Wiederauffüllung mit 750 Millionen Euro unterstützen**, insbesondere angesichts der Kosten für neue, teure Impfstoffe wie die Malaria-Impfstoffe und globaler Inflation. Mit diesen Mitteln sollen mehr Kinder in kürzerer Zeit geimpft werden. Gavi will weitere 500 Millionen Kinder impfen und so 8-9 Millionen Leben retten. Gavi legt in der kommenden Periode vermehrt den Fokus auf die Kinder, die in entlegenen, fragilen und konfliktbetroffenen Regionen leben („Last Mile“). Durch Impfprogramme und damit einhergehenden Gesundheitsverbesserungen erzielen Länder wirtschaftliche Vorteile, die sich auf bis zu 100 Milliarden belaufen können. Zusätzlich leistet Gavi einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitssicherheit. Aktuell arbeitet Gavi z.B. daran, durch die Aktivierung des ‚First Response Funds‘, auch im Bezug auf den aktuellen Mpxv Ausbruch zu unterstützen und betroffene Länder mit Impfstoffen zu versorgen.

Erhöhung des Beitrags für den Finanzierungsmechanismus für die Gesundheit von Frauen, Kindern und Jugendlichen (Global Financing Facility for Women, Children and Adolescents, GFF) auf 50 Millionen Euro jährlich.

4

Im vergangenen Jahr fand die Wiederauffüllungskonferenz der Global Financing Facility (GFF) in Berlin statt, bei der Deutschland 25 Millionen für 2024 zusagte. Im parlamentarischen Verfahren wurde noch eine Verpflichtungsermächtigung für 2025 in Höhe von 25 Millionen zugesichert. Diese 25 Millionen sind im aktuellen Haushaltsentwurf eingestellt. Trotz Deutschlands Rolle als Co-Host blieb der Beitrag weit hinter den Erwartungen zurück. Dabei ist die GFF eine lohnenswerte Investition, weil sie gemeinsam mit den Partnerländern an ihren Bedürfnissen orientierte Gesundheitspläne entwickelt und zusätzliche Finanzierungsquellen mobilisiert. Die Arbeit der GFF beweist, dass sich langfristige Investitionen lohnen. In GFF-Partnerländern nahm z.B. die Müttersterblichkeit um 96 % ab und Teenagerschwangerschaften gingen um 76 % zurück.³ Deshalb fordert die DSW den Beitrag auf 50 Millionen jährlich zu erhöhen, damit die Gesundheit und Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen nachhaltig gestärkt werden können.

² Gavi, 2024 [Gavi Investment Opportunity 2026-2030](#)

³ GFF Jahresbericht 2022-2023 [GFF Annual Report 2022-2023-EN \(globalfinancingfacility.org\)](#)

Forderungen in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

Aufstockung der BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und reproduktive Gesundheit für alle“ auf 200 Millionen Euro jährlich.

1

Die BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und reproduktive Gesundheit für alle“ zielt darauf ab, die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen, Mädchen und anderen benachteiligten Gruppen weltweit zu stärken. Durch die Förderung von Programmen für sexuelle und reproduktive Gesundheitsdienste, insbesondere im Bereich der selbstbestimmten Familienplanung und der Verbesserung der Müttergesundheit, trägt die Initiative zur Senkung der Schwangerschafts-, Mütter- und Kindersterblichkeit bei und fördert die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft. Die DSW begrüßt, dass die BMZ-Initiative bis 2025 verlängert wurde und der Fokus verstärkt auf Jugendliche gelegt werden soll. Bislang wurden durchschnittlich 100 Millionen Euro pro Jahr für die Initiative bereitgestellt. Ein konkretes Finanzierungsziel besteht nicht. Angesichts diverser Krisen und den weltweit erstarkenden antifeministischen Kräften müssen langfristig mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden. **Die DSW fordert die Mittel für die BMZ-Initiative auf 200 Millionen Euro zu erhöhen und ausreichend Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre bereitzustellen.**⁴ Denn die Förderung von SRGR hat positive Auswirkungen auf die gesundheitliche und wirtschaftliche Entwicklungen von Gesellschaften. Fehlende Investitionen führen dazu, dass bereits erzielte Fortschritte wieder rückgängig gemacht werden.

Erhöhung der Investitionen in Projekte und Programme zur Gleichstellung der Geschlechter.

2

Die DSW begrüßt, dass neu zugesagte Projektmittel, die einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten, bis 2025 auf insgesamt 93 % erhöht werden sollen. Im Rahmen der feministischen Entwicklungspolitik will das BMZ Projektmittel mit dem primären Ziel der Geschlechtergerechtigkeit auf 8 % steigern und Maßnahmen mit Nebenziel auf 85 % erhöhen.

Im Zeitraum 2021-2022 flossen laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nur 45,9 % der sektoral aufteilbaren ODA-Mittel in Maßnahmen, die Geschlechtergerechtigkeit als ein Nebenziel (GG1) oder Hauptziel (GG2) verfolgten. In Projekte und Programme mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit wurden in 2021-2022 nur 2,6 % dieser Mittel investiert.⁵ Die ambitionierte Zielsetzung des BMZ ist ein Schritt in die richtige Richtung, doch es ist bleibt noch viel zu tun. **Die DSW fordert, dass mittelfristig 20 % aller BMZ-Projekte Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel verfolgen.**

Die DSW fordert den BMZ-Haushalt zu erhöhen und stärker in Gesundheit, SRGR und Geschlechtergerechtigkeit zu investieren.

Angesichts der globalen Krisen muss der BMZ-Etat mindestens auf 12,16 Milliarden Euro erhöht werden. Die DSW kritisiert die geplanten Kürzungen, die Frauen, Mädchen, Jugendliche und Menschen in all ihrer Diversität besonders gefährden. Hier muss nachgebessert werden, vor allem, weil dies nicht im Einklang mit der feministischen Entwicklungspolitik ist. Um die nachhaltigen Entwicklungsziele noch bis 2030 zu erreichen braucht es jetzt dringend mehr Investitionen in globale Gesundheit, SRGR und Geschlechtergerechtigkeit.

⁴ Weitere Forderungen im [Positionspapier Familienplanungsinitiative - Deutsche Stiftung Weltbevölkerung \(dsw.org\)](#)

⁵ OECD (2024) Development Co-Operation Profiles [Development Co-operation Profiles - Germany \(oecd-ilibrary.org\)](#) (letzter Zugriff 05.09.2024)